

DRB-Presskonferenz mit großer Resonanz

Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen

Dieser Grundsatz gilt spätestens seit der Verabschiedung des Haushalts im Januar 2004 auch für die Richter und Staatsanwälte in NRW. Der Deutsche Richterbund – Landesverband NW – hat sich deshalb im Hinblick auf den geplanten Kahlschlag beim Personal erstmalig in seiner Nachkriegsgeschichte in einer Landespressekonferenz an die Öffentlichkeit gewandt. Das überwältigende Echo der Medien läßt auf bessere Zeiten hoffen.

Anlass für diese Pressekonferenz vom 26. 2. 2004 war der Entschluss der Landesregierung, aufgrund der „41-Stunden-Woche“ weitere 1.340 Stellen einzusparen – davon 540 im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst. Bereits im Januar war deutlich geworden, dass die Landesregierung mit der altbekannten Rasenmähermethode ohne Rücksicht auf tatsächliche Belastungszahlen sparen will. Unsere Position, dass im Bereich der Justiz als Dritter Staatsgewalt nicht ohne Augenmaß gekürzt werden könne, da hier vom Grundgesetz Schranken gesetzt seien, zumindest jedoch die nachgewiesene Überlast zu berücksichtigen sei, waren übergangen worden.

Der Deutsche Richterbund – Landesverband NW – hat sich deshalb entschlossen, die Öffentlichkeit über die nicht mehr abzufangenden Auswirkungen dieser Entscheidung für die Gerichte und Staatsanwaltschaften zu informieren und auf die überragende Bedeutung einer funktionierenden Justiz für die Gesellschaft hinzuweisen. Was lag näher, als die Öffentlichkeit genau dort zu informieren, wo diese Fehlentscheidung politisch zu verantworten ist – nämlich im Landtag NW ? Deshalb wurde in seinem Gebäude unter dem Leitsatz **„Justizgewährung für den Bürger demnächst nur noch zufällig? – DRB wendet sich gegen Stellenabbau in der Justiz“** die Landespressekonferenz einberufen. Schon die Anzahl der erschienenen Journalisten ließ hoffen, dass es dem Richterbund gelingen könnte, ein breites Echo zu bewirken. Vorbereitend waren in einer Pressemappe u.a. Zahlen zusammengestellt worden, aus der sich die heutige, z.T. dramatische Situation nachweisen läßt. So kann statistisch belegt werden, dass seit dem Jahr 2000 die Erledigungszahlen in allen Bereichen deutlich hinter den Eingangszahlen zurückbleiben und sich die Verfah-

renzzeiten kontinuierlich verlängern. Dass dieses Problem nicht nur durch den Personalabbau der vergangenen Jahre verursacht worden ist, sondern auch durch einen Gesetzgeber, der die Aufgaben der Justiz ständig vermehrt, hat der DRB ebenfalls durch eine Übersicht solcher Gesetze seit 1990 bewiesen.

In der Konferenz hat die Landesvorsitzende Roswitha Müller-Piepenkötter mit Nachdruck unsere Forderung vorgetragen, dass die Stellenstreichungen unverzüglich zurückzunehmen seien. Die Entscheidung sei aufgrund theoretischer Zahlen getroffen worden, ohne die Realität in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Kenntnis zu nehmen. StA Johannes Schüler konnte diese Forderung für die Staatsanwaltschaften durch plastische Beispiele unterstreichen. Sein Satz: „ Es gibt eine Klientel, die an nicht funktionierenden Staatsanwaltschaften interessiert ist“ wurde zum Wort des Tages. RarbG Heinz-Werner Heege beschrieb den Zustand in der Arbeitsgerichtsbarkeit im nachfolgenden Bericht.

Die Pressekonferenz wurde zum vollen Erfolg. Am nächsten Tag haben die meisten Zeitungen mit unserer Pressekonferenz aufgemacht. Wir waren auf der Titelseite jeder namhaften Zeitung vertreten. Die Kommentare waren fast durchweg zustimmend. Die Justiz ist damit zu einem zentralen politischen Thema geworden. Aufgabe der Zukunft ist es, dass dies so bleibt. Der Deutsche Richterbund – Landesverband NW – wird deshalb auch in den nächsten Wochen mit weiteren Aktionen an die Politik und die Öffentlichkeit herantreten.